

Straßenausbaubeiträge endlich abgeschafft!

Der Rat der Stadt Göttingen hat in seiner letzten Sitzung im Jahr 2020 die ungerechten und unsozialen Straßenausbaubeiträge endlich ersatzlos abgeschafft! Obwohl es lange keine politischen Mehrheiten dafür gab, wurde die so genannte „STRABS“ (Straßenausbaubeitragsatzung) ersatzlos aufgehoben. Beiträge, die bis dahin noch nicht fällig sind, können nicht mehr von den Anliegern erhoben werden.

Leider konnte sich die Koalition Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Ratsfraktion nicht darauf einigen, die Beitragsatzung rückwirkend zum 01.01.2021 aufzuheben, wie wir für die Anlieger gefordert hatten. Um eine beschlussfähige Mehrheit im Rat zustande zu bringen, musste daher „die Kröte geschluckt werden“, dass die ersatzlose Aufhebung der „STRABS“ erst zum Stichtag 31. März 2021 beschlossen wurde. Hintergrund war natürlich, dass möglichst Kosten noch auf die Anlieger abgewälzt werden konnten. Nach Darlegungen der Verwaltung ist jedoch sicher, dass weder „die Eickborner“ in Elliehausen, noch die Anlieger der Merkelstraße mehr veranlagt werden. Die Anlieger des Plesseweges müssen wohl leider mit einer Veranlagung rechnen, im Falle der Ausbaumaßnahme „Rote Straße West“ ist dies derzeit noch fraglich.

Welche Gründe überzeugt haben und wie die Chronologie bis zu diesem Erfolg aussah, fassen wir für Sie, liebe Mitglieder, nachstehend noch einmal zusammen:

Ungerecht und unsozial: Warum die Straßenausbaubeiträge abschaffen? Das hat vor allem zwei Gründe. Erstens wird die Beitragserhebung für die Straßenausbaubaukosten als ungerecht empfunden. Straßen werden schließlich von allen Verkehrsteilnehmern wie Mietern, Pendlern, Lkw oder dem öffentlichen Nahverkehr und keineswegs nur von den Hauseigentümern genutzt. Das ausgerechnet die Anlieger, die bereits Erschließungskosten bezahlt haben und – insbesondere an vielbefahrenen Straßen unter Lärm und Abgas leiden müssen – den größten Anteil der durch die allgemeine Nut-



zung entstehenden Kosten tragen müssen, ist nicht nachvollziehbar. Zweitens ist die Straßenausbaubeitragsatzung (STRABS) unsozial. Die Erneuerung von Straßen ist im Rahmen der Daseinsfürsorge eine städtische Aufgabe und damit etwas, das aus dem allgemeinen Steueraufkommen bezahlt werden müsse. Anlieger mit hohen, vier- bis sechststelligen Beträgen zu belasten, ist insbesondere für Rentner oder junge Familien oft nicht tragbar, manchmal sogar existenzbedrohend. Ältere Eigentümer mit einer geringen Rente erhalten keine Kredite mehr und so droht am späten Lebensabend der Verlust des über Jahrzehnte finanzierten Hauses.

Engagement: Die Entwicklung hin zu der Abschaffung der Gebühr ist auf großes

Engagement unserer Verbündeten sowie die vereinseigene erfolgreiche politische Arbeit im Rahmen der Interessenvertretung der Immobilieneigentümer in Göttingen und Umgegend zurückzuführen. „Wir freuen uns, dass sich die Politik jetzt den von uns und den betroffenen Anliegern vorgebrachten Argumenten zur ersatzlosen Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung (STRABS) anschließen konnte und wir danken an dieser Stelle auch unseren Mitgliedern – die sich teils in ihren Straßen als Interessengemeinschaften organisiert hatten – sehr für die Unterstützung“, hob Susanne Et-Taib, Pressesprecherin unseres Vereins auch gegenüber der örtlichen Presse hervor. „Wir haben über Jahre hinweg dafür gekämpft, dieses Ziel endlich zu erreichen“.





Tatsächlich hat unser Verein alle Möglichkeiten politischer Meinungsbildung genutzt. Die Liste unserer Aktivitäten reicht von Sacheingaben und -vorträgen in die/den Fachausschüsse/n über Offene Briefe an den Oberbürgermeister und die Ratsmitglieder bis hin zu öffentlichen Vortragsveranstaltungen mit Fachleuten. Es gab Plakataktionen und Demonstrationen. Unser erster Vorsitzender, Herr Rechtsanwalt Dr. Dieter Hildebrandt, Fachanwalt für Miet- und WEG-Recht, übergab dem seinerzeitigen Ratsvorsitzenden Henze über 1.000 Unterschriften von betroffenen Anliegern. Auch die Gründung von Interessengemeinschaften haben wir fachlich und praktisch unterstützt. Wir pflegten regen Kontakt zu dem Niedersächsischen Bündnis gegen Straßenausbaubeiträge und nahmen an dessen Informations- und Protestveranstaltungen in der Landeshauptstadt teil. Auf dem jährlich in Göttingen stattfindenden eigenen Parlamentarischen Abenden wurde die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge stets thematisiert und mit den dort eingeladenen Vertretern der städtischen Politik anhand der jeweils aktuellen Entwicklungen diskutiert. „Zwar gab es lange kein Einsehen“, erinnert sich Susanne Et-Taib, „aber wir blieben im konstruktiven Dialog mit den Stadtratsmitgliedern und der Verwaltung. Wir haben auf die zunehmende Anzahl von anderen Bundesländern und sogar Städten in Niedersachsen wie z. B. Hannover und Northeim hingewiesen, die erfolgreich und mit guten Finanzierungsmodellen die STRABS abgeschafft haben“.

„Die gesellschaftliche Akzeptanz für gesonderte Beiträge der Anlieger für Straßen, die von allen genutzt werden, ist verloren gegangen und nicht wieder zurückzuerlangen. Dennoch bedarf es engagierter und öffentlichkeitswirksamer Aktionen, um Politiker im Land wie in den Städten und Gemeinden von dieser Einsicht zu überzeugen. In Göttingen ist dies gelungen, insbesondere dank eines gut begründeten und anhaltenden Protestes der organisierten Haus- und Grundeigentümer. Jetzt muss es das gemeinsame Ziel sein, die ungerechten, streitanfälligen und verwaltungsaufwändigen Straßenausbaubeiträge in ganz Niedersachsen ersatzlos abzuschaffen.“

*Bernhard Zentgraf
Bund der Steuerzahler*

Erfolg: Im Laufe des Prozesses formierte sich mit dem Bund für Steuerzahler, dem Verband Wohneigentum Niedersachsen, dem Landvolk, diversen betroffenen Eigentümern – wie den engagierten Anwohnern des der Straße „Am Eickborn“ des Ortsteils Elliehausen, der Merkelstraße und des Plesseweges, renommierten Fachleuten aus Göttingen und Vielen mehr ein starkes Bündnis, das sich für eine Abschaffung der Beiträge einsetzte. Und das kann sich jetzt über das Ergebnis der geleisteten Arbeit freuen. Nachdem sich zunächst nur die FDP Ratsfraktion – und das von Beginn an – für die Abschaffung in Göttingen

ausgesprochen hatte, konnte im Laufe der Zeit immer mehr Unterstützung auch bei den anderen Fraktionen gewonnen werden, die CDU-Fraktion und Herr Dr. Welter-Schultes folgten, danach Bündnis 90/Die Grünen – wohl um aus ökologischen Gründen den Straßenausbau nicht noch zu fördern – schließlich waren es nur noch die Vertreter der SPD-Fraktion, die bis zuletzt im Finanzausschuss, im Rat – und wohl auch an dem Runden Tisch zum Thema [der nicht öffentlich tagte] – Beratungsbedarf und Bedenken anmeldeten. Als großer Erfolg kann daher gewertet werden, dass der Ratsbeschluss letztendlich fraktionsübergreifend und einstimmig getroffen wurde.

Das sieht auch Bernhard Zentgraf [Foto: oben links], Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V. so. Er hatte unseren Kampf durch seinen engagierten Fachvortrag auf unserer letzten Jahreshauptversammlung unterstützt, die noch mit persönlich anwesenden fast 300 Immobilieneigentümern möglich war.

Er schickte Glückwünsche aus der Landeshauptstadt: „Gratulation zu Ihrem großartigen Erfolg in Göttingen!“.

Gern folgt unser Verein dem Aufruf und unterstützt mit der erworbenen Expertise weitere Grundeigentümergevereine in Niedersachsen und anderen Bundesländern.

Die örtliche Presse hatte mehrfach mit Bildern über Demos und unsere sonstigen Aktivitäten berichtet. Dem Göttinger Tageblatt war die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein Eingang in den „Jahresrückblick 2020“ wert. Mit dieser Ausgabe unseres vereinseigenen Mitteilungsblattes wird der Erfolg auch in die Göttinger Historie eingehen, denn unser Mitteilungsblatt wird im Stadtarchiv gesammelt.

Teile dieses Berichts erschienen bereits vor Beschlussfassung im „CHARAKTER“

Fotos: Kawe, Willenbrock-Heier